

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabeorten 2 RMk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RMk., bei Postbestellung 3 RMk. Einzelnummern 10 Pf. Wochensatz 1,80 RMk. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Ungelesenpreis: die 8-spaltige Raumzelle 20 Kops., die 4-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kops., die 2-spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 20 Kops. Nachzahlungsbetrag 20 Reichspfennige. Bei geschriebenen Beschlüssen werden nach Möglichkeit Anträge zu jeder Zeit durch Fernschreiber übermitteln können. Jeder Redaktionsdruck erfolgt, wenn der Zeitung durch die Redaktion vorgegeben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Bei mehreren Abnehmern entgegengesetzter Meinungen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Kossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 278 — 89. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Sonnabend, den 29. November 1930

## Abhängigkeiten.

26 Milliarden Auslandsverschuldung. — Die erschütterte Regierung. — Deutscher Hilferuf aus Polen.

Es besteht die Gefahr, daß heute so mancher Politiker keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit hat, in der sich Deutschland wegen seiner kurzfristigen Verschuldung an das Ausland befindet. hat der Reichsbankpräsident Dr. Luthar in sehr bewußter Deutlichkeit auf der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärt. Zahlen allein über diese tatsächliche Abhängigkeit anzugeben — es sind etwa neun Milliarden „kurzer“ Kredit —, vermag natürlich ebensowenig plastische Vorstellungen zu erwecken, wie wenn man gleich noch hinzusetzt, daß Deutschland an langfristigen Kredit etwa elf Milliarden im Ausland aufgenommen hat; dazu kommen noch für etwa zwei Milliarden ausländischer Grundbesitz in Deutschland und rund vier Milliarden ausländischer Anlagen, Beteiligungen usw. in Deutschlands Erzeugung, Handel und Verkehr. Schließlich illustriert diese Summe von insgesamt 26 Milliarden ins Ausland, also nicht sehr viel weniger als das deutsche Volk heute als Reparationslast zu tragen hat. Jene „Privatverschuldung“ gerade aber sind es, in denen sich der deutsche Kredit im Ausland verfortpflanzt. Sie sind es, für die Dr. Schacht in Amerika und jetzt wieder Dr. Luthar in seiner Rede selbstverständliche Erfüllung aller aus ihnen entspringenden Verpflichtungen versprochen haben. Solange wir in Deutschland selbst noch nicht imstande sind, das genügende Kapital für die Fortentwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft zusammenzufassen, solange wir also auf die Kapitalzufuhr aus dem Ausland angewiesen, von ihr abhängig sind, brauchen wir auch das Vertrauen des Auslandes zu einem ruhigen Fortgang der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland.

Es sind dieselben „Abhängigkeiten“, die auch hinter dem Kampf im Reichstag um die Steuer- und Finanzreform stehen; denn am nächsten Mittwoch kommen ja nun die Volksvertreter nach mehr als einmonatiger Pause wieder zusammen. Natürlich hat der Reichstanzler an sich recht, wenn er — ebenfalls auf der Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie — äußerte, es handele sich bei der Reform um Maßregeln, die auch dann notwendig seien, wenn Deutschland keine Reparationen zu zahlen hätte. Leider hat das nun aber zu geschehen, diktiert diese Abhängigkeit und jene andere, die kreditpolitische, infolgedessen sogar eine Verschleppung der Reform. Innenpolitisch-parlamentarisch ist aber die Lage trotz der Unterhandlungen des Kanzlers mit den Führern der Parteien, von den Sozialnationalen bis zu den Sozialdemokraten hinüber, nicht unbedingt geklärt, das Abrücken der Wirtschaftspartei von der Regierungskoalition erschütterte die Basis Dr. Brüning's im Reichstag nicht unerheblich und auf Schonung bei der Opposition kann er nicht zählen. Er hat auch wohl nie damit gerechnet; denn mit den Nationalsozialisten, obwohl der stärksten Oppositionspartei, hat er bisher gar nicht erst verhandelt. Aber bei diesen Besprechungen mit den Parteien hat der Reichstanzler nie verhehlt, daß er sich in keinerlei Abhängigkeiten parteipolitischen Art zu begeben willens ist, daß es nur ein unabweisbares Für und Wider das Reformprogramm sein kann, um das es sich im Reichstag handelt. Daher wird sich im Vordergrund über die kommenden Auseinandersetzungen vorerst noch der Schleier der Ungewissheit und des Unwissens breiten hinsichtlich des Verlaufes und des Ausgangs, den sie nehmen werden. Unbedingt aber hat sich im Reichstag die Front jener verkehrt, die von der Regierung endlich eine klare, unabweisende Entscheidung zwischen rechts oder links verlangen; jede, auch die geringste Abhängigkeit der Regierung von der Linken müsse sofort zerstört werden.

Ziel schmerzlicher aber als die finanziellen oder andere politische Abhängigkeiten schmerzt jene, die jetzt wieder durch das Vorgehen der Polen gegen alles Deutsche unsere Seele wundschneuert. Wir müssen den Völkerverbund erst erben, dafür zu sorgen, daß man jenseits unserer Grenzen die Deutschen nicht totschlägt, nicht allzulehr mißhandelt. Wir müssen in Genf erst anknüpfen, daß man beim Völkerverbund unseren Klagen und Beschwerden über die polnischen Mißseten nicht bloß Gehör schenkt, sondern auch etwas tut zum Schutz der deutschen Minderheiten. Gerade vor hundert Jahren, als das Polentum — nicht ohne eigene Schuld — unter die Krone des Zarismus geriet, erhob ganz Europa seine Stimme für die Verfolgten, die überall ein Asyl fanden. Und jetzt? Hier und da hört man ein paar laubende Worte, liest man in einer liberalen, politisch also ziemlich bedeutungslosen englischen Zeitung den Satz: England müsse die Vertretung der deutschen Beschwerden in Genf in die Hand nehmen, weil ja Deutschland wegen seiner ständigen Auseinandersetzungen mit Polen jetzt allzulehr „Partei“ in der Frage der Wilsdruff und Wilsdruffungen sei. Gewiß sind wir Deutsche „Partei“ in diesem Falle; aber diese Stellung ist uns ja

## Innere Spannung auf dem Höhepunkt

### Wird Artikel 48 kommen?

Die Suche nach dem Ausweg.

Am 3. Dezember, also am nächsten Mittwoch, soll der Reichstag eröffnet werden, aber noch ist das Schicksal der von der Regierung vorbereiteten Gesetze zur Sanierung der Finanzen des Reiches vollständig unentschieden. Zwar hat der Reichstanzler den Gesetzen zugestimmt, aber man bezweifelt einwachen, ob sich im Reichstag für diejenigen Gesetze, die verfassungsändernden Charakter tragen, eine Mehrheit finden wird. Dann könnte allerdings die Folge sein, daß die Regierung ihre Pläne mit Hilfe des Artikels 48, also mit Notverordnung, durchführen würde. So lange wie möglich möchte die Regierung diesen äußersten Weg vermeiden und die parlamentarische Zustimmung nicht ausschalten, andererseits ist sie nach mehrfachen Befürchtungen entschlossen, die Finanzreform auf jeden Fall ins Werk zu setzen.

Es sollen auch Erwägungen im Gange sein, die Gesetze, mit Ausnahme vielleicht des Besoldungssperregesetzes, unter Umständen unzuverlässig, so daß sie verfassungsmäßigen Charakter erhalten, oder sie nach vorgehender Verständigung der Reichsregierung mit den Länderregierungen durch die Landesgesetzgebung verabschieden zu lassen. Doch das sind vorläufig nur Fälschungen, um die Verabschiedung der Gesetze in den Reichstag der Wahrscheinlichkeit zu rücken. Von anderer Seite wird angeführt, daß die rechtzeitige Fertigstellung des Gesamtplanes der Regierung einschließend dieser verfassungsändernden Gesetze eine unbedingte Voraussetzung für die Ende Dezember notwendig werdenden Kredite sei. Dem müßte Rechnung getragen werden. Einstweilen verhandelt der Reichstanzler noch mit dem Stellvertreter der Nationalsozialisten, dem Abgeordneten Göring, und dann wiederholt mit den Führern der Sozialdemokratie, die von ihren Forderungen bezüglich der Krankenkasse und der Kopfsteuer nicht ablassen wollen.

### Bewölkt Himmel.

Der Himmel der inneren Politik ist also stark bewölkt. Doch die Arbeit brennt sozusagen auf den Nägeln, denn die Entwürfe müssen in allerfrühester Zeit dem Reichstage unterbreitet werden, soll er sie bei seinem Zusammentritt vorfinden; sie müssen 24 Stunden vor Eröffnung gedruckt vorliegen.

Das Kabinett muß also unverzüglich die letzten Anordnungen treffen. Die Mehrheitsverhältnisse sind, besonders jetzt nach der Absage der Wirtschaftspartei, so unsicher, daß man die Lösung durch Artikel 48 fast als wahrscheinlich betrachten kann; wenigstens derjenige, der mehr pessimistisch als optimistisch Gemütsart ist.

einmal aufgezwungen worden, allein schon dadurch, daß infolge der Praktiken der polnischen Regierung mehr als hunderttausend Deutschen das Wahlrecht geraubt wurde und sie fast mundtot gemacht worden sind im Parlament wie sonst in der Öffentlichkeit. Um so lauter muß Deutschland seine Stimme erheben für seine Volksgenossen, ohne Scheu vor leider nur allzubekanntem Abhängigkeiten, die sich bisher immer in einem für alle Deutsche unangünstigen Sinne ausgewirkt haben. Und was mit dieser parlamentarischen „Wahl“, was mit den fortwährenden Zeitungsverboten, mit den täglichen Brutalitäten erreicht werden soll, ist ja, daß die Deutschen in Polen auch mundtot bleiben sollen. So wie sie es in Südtirol sind. Darum geht die deutsche Politik bei ihrer Völkerverbundbeschwörung nur aus von diesen jüngsten Deutschenverfolgungen, — das eigentliche Ziel muß weiter gesteckt sein: es geht und muß gehen gegen diese Abhängigkeit, die das Versailles-Diktat über Millionen Deutsche verhängte und die nun zum Hohn geworden sind auf die Befriedung Europas, ja auf jede Kultur!

## Der Damm gegen polnische Gewalt.

Was die Regierung berichtet.

Reichsinnenminister Dr. Wirth weite in Begleitung des Vertreters der preussischen Staatsregierung, Staatssekretär Dr. Wegg, in Opatowitz, um die durch die bekannten Vorgänge in Ostoberschlesien geschaffene Lage zu besprechen. Hierbei nahm der Minister mit sämtlichen Verbänden und Parteien mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion. Reichsinnenminister Dr. Wirth legte die Auffassung des Reichskabinetts dar und wies insbesondere auf den bedeutsamen Schritt der Reichsregierung beim Völkerverbund hin. Unter gar keinen Umständen dürfe bei der oberschlesischen Bevölkerung der Gedanke entstehen, daß das oberschlesische Land schutzlos dastehet. Die Zusammenkunft beweise, daß das oberschlesische Volk einmütig zusammenstehe und im Anschluß an die Führung durch Reich und Preußen in der Lage sei, die Grenzen gegen Südrückfälle zu schützen. Der Minister gab seiner besonderen

## Bernehmung Fricks im Polizeistreit.

Vor dem Richteramt des Staatsgerichtshofes.

In Weimar erfolgte die mehrfach auf Antrag des Reiches verschiedene Zeugenernehmung des Staatsministers Dr. Frick durch den Richteramt des Staatsgerichtshofes. Der Minister sagte u. a. aus, er habe nach seinem Amtsantritt angeordnet, daß ihm die wichtigsten Personalangelegenheiten zur persönlichen Entscheidung vorbehalten bleiben sollten. Er stehe auf dem Standpunkt, daß bei den Polizeibeamten zwecks Aufrechterhaltung der Zuverlässigkeit der Truppe auch auf ihre deutsche Gesinnung Wert zu legen sei und daß daher die sozialdemokratische Parteizugehörigkeit ein Votum sei, auf dem sich vielleicht persönliche Eigenschaften entwickelten, die mit den Aufgaben eines Polizeibeamten kaum vereinbar seien. Deshalb und weil er die thüringischen Verhältnisse nicht genug gekannt habe, habe er sich an Vertrauensleute gewandt, besonders an den Abgeordneten Sautel, dem er die Listen der Bewerber zur Einholung vertraulicher näherer Auskünfte ausgeben habe. Das wichtigste aber sei ihm stets der Mann, seine Tüchtigkeit und seine fachliche Eignung gewesen. Er müsse die Unterstellung ablehnen, daß er die thüringische Landespolizei in eine nationalsozialistische Polizeitruppe habe umbilden wollen. Welcher Partei der Anwärter angehört, sei in den meisten Fällen nicht genau festzustellen gewesen. Meistens gehörten sie wohl gar keiner Partei an. Ihm seien zahlreiche Einstellungsgesuche von Parteigenossen zugegangen, von denen nur ein verschwindend kleiner Teil ange stellt worden sei. Von Hunderten von Gesuchen trügerer Offiziere sei nicht ein einziges ankommen.

## Kommt es zur Preislenkung?

Industrie und Handel fordern rasche Tat.

Der Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages nahm nach einem Vortrag des Leiters des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg, eine Entscheidung an, in der der Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung als Anfangsmaßnahme begrüßt und an den Reichstag der Appell zu rascher Tat gerichtet wird. Es wird bedauert, daß der Gedanke der Realsteuerlenkung im Reichstag in einer Weise abgeschwächt worden sei, die dem Zweck, die Preislenkung zu untermanern, scharf widerspreche. Eine Anpassung der Warenpreise an die veränderte Weltmarktlage sei ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung. Indes wird vor allem die Senkung der öffentlichen Kosten, die Ermöglichung von Kapitalbildung und eine beweglichere Anpassung der Löhne an die Konjunkturlage für erforderlich gehalten.

Freude darüber Ausdruck, daß trotz aller begrifflichen Erregung das oberschlesische Volk so musterhaft Disziplin und Ruhe bewahrt und vor allem auch die Rechte der polnischen Minderheit auf deutschem Gebiet nicht im geringsten angetastet habe. Der Reichsinnenminister nahm die Überzeugung mit, daß die oberschlesische Bevölkerung auch weiter befohlen und klug die Politik der Reichsregierung unterstützen wird. Staatssekretär Dr. Wegg legte dar, daß die Ruhe, Sicherheit und Ordnung in der Provinz unter allen Umständen gewährleistet sei.

In der Aussprache wurden die Schritte der Reichsregierung begrüßt. Man war sich auch der Bedeutung dieser Maßnahmen bewußt, die geeignet sind, die oberschlesische Bevölkerung zu beruhigen. Man war sich auch darüber klar, daß es nimmermehr Aufgabe der Bevölkerung sei, Unbesonnenheiten zu vermeiden, die nur geeignet sein könnten, die von der Reichsregierung eingeschlagene Politik zu stören.

### Rundgebung in Opatowitz.

In Opatowitz hatten sich Vertreter aller Berufsstände und Parteien, der wirtschaftlichen und der kulturellen Verbände der Provinz Oberschlesien zusammengefunden, um zu den Gewalttaten gegen das Deutschtum in Ostoberschlesien Stellung zu nehmen. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in folgender Erklärung: „Die oberschlesische Bevölkerung hat sich, wie in Oberschlesien schwerster Zeit vor zehn Jahren, unter Zurückstellung aller politischen und wirtschaftlichen Gegenstände einmütig zusammengefunden. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Kulturwelt auf die unerhörten Vergewaltigungen unserer deutschen Brüder jenseits der Grenze. Zu heller Empörung über die unmenschlichen Verletzungen des Genfer Abkommens, die eines Staates unwürdig sind, der als Kulturstaat gelten will, legt das oberschlesische Volk in allen seinen Schichten

schärfste Verwahrung

ein. Das oberschlesische Volk fordert von der Reichsregierung, daß sie unverzüglich alle ihr als Vertragspartei des Genfer Abkommens zur Verfügung stehenden Mittel ergreift, um die deutschen Rechte zu wahren.“